

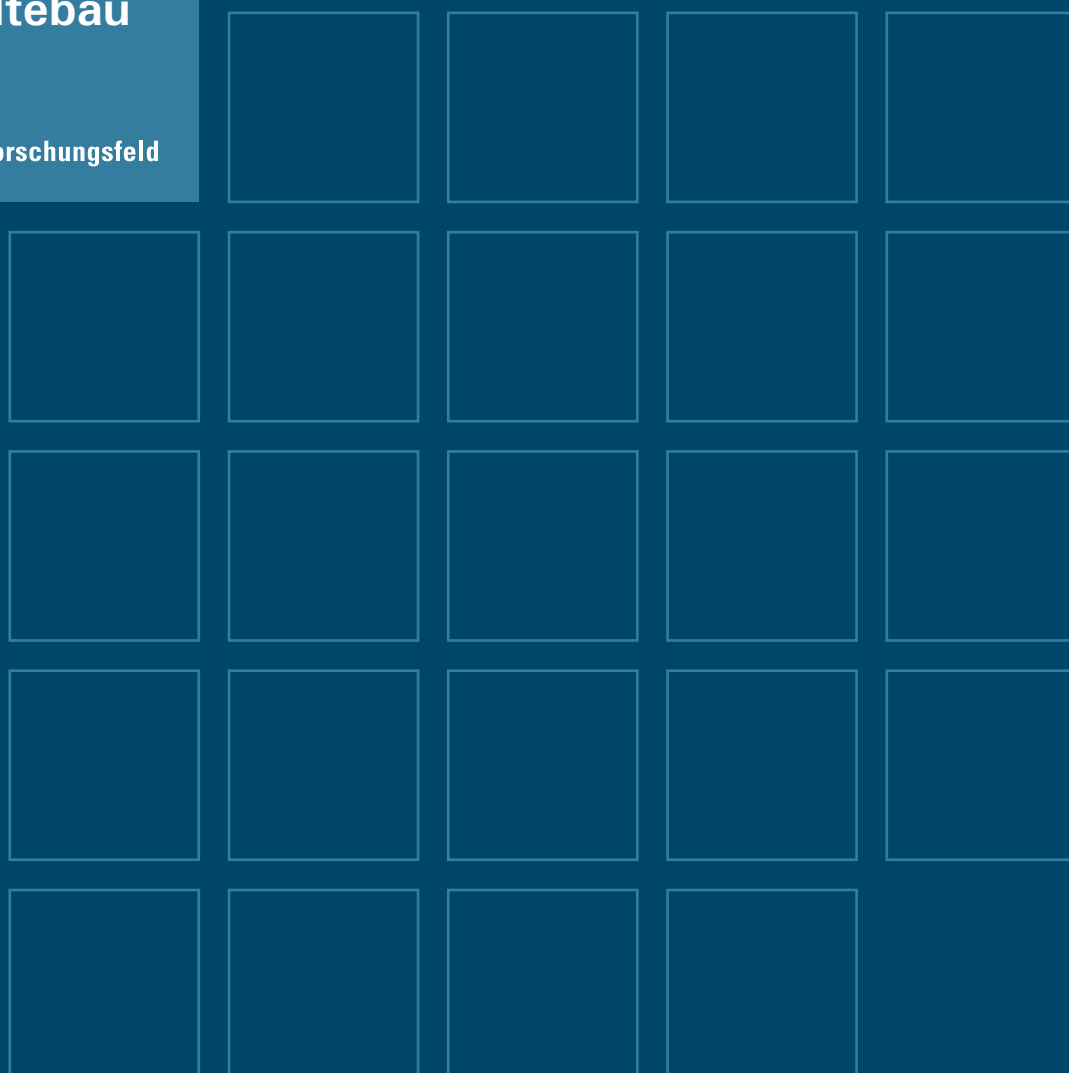


Bundesamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung

ExWoSt-Informationen 26/1

## Gender Mainstreaming im Städtebau

Ein ExWoSt-Forschungsfeld



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

## Gender Mainstreaming – Herausforderung auch für den Städtebau

Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser,

„Es ist unser Ziel, dass Städte Frauen und Männern gleichermaßen attraktiven Lebensraum bieten“. So Tilo Braune, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Es ist ein anspruchsvolles Ziel, Geschlechtergleichheit im Städtebau von der Blaupause zur Realität werden zu lassen. Genau darauf zielt das neue Forschungsfeld im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (kurz: ExWoSt) „Gender Mainstreaming im Städtebau“ ab.

Aber es ist kein einfaches Unterfangen. Der Begriff „Gender Mainstreaming“ drückt noch keine klare Vorstellung von dem aus, was zu tun ist. Nicht von ungefähr wurde Gender Mainstreaming auch schon mit der Frage umschrieben: „Wie nagelt man einen Pudding an die Wand?“ Hinzu kommt, dass sich die Bezüge zum Städtebau sich nicht immer leicht erschließen lassen.

In so viel Unklarheit liegen naturgemäß Gestaltungschancen: Gender Mainstreaming kann zum Markenzeichen eines hochwertigen Städtebaus entwickelt werden. Durch konzeptionelle Klarheit, nachvollziehbare und überprüfbare Planungsentscheidungen, durch einen umfassenden Abgleich der Interessen und durch bessere Verfahren der Nutzerinnen- und Nutzerbeteiligung kann ein Qualitätsgewinn für den Städtebau und die gebaute Umwelt erzielt werden. Beteiligung und Mit-

entscheiden erzeugen Verantwortungsbewusstsein bei den BürgerInnen.

Greifen die Städte Gender Mainstreaming auf und nutzen unterschiedliche Wissensstände und Herangehensweisen von Männern und Frauen bei der Gestaltung der Städte, dann können sie die Anforderungen einer ausdifferenzierten Gesellschaft besser erfüllen. Werden Gender-Fragestellungen frühzeitig in die Planungsverfahren einbezogen, können Fehlplanungen mit Nachbesserungsbedarf verhindert werden.

So können durch Gender Mainstreaming im Städtebau auch positive wirtschaftliche Effekte erzielt werden – in Zeiten knapper Kassen ein nicht ganz unwichtiges Argument.

Bereits die erste große Tagung zum Thema hat den veranstaltenden Institutionen – Deutscher Städtetag und Bundesamt für Bauwesen und Städtebau (BBR) – den hohen Bedarf an Information und Auseinandersetzung mit einer geschlechtersensiblen Stadtplanung signalisiert.

Daran knüpfen wir an – das BBR gemeinsam mit den vielen Frauen und Männern in den Städten, in denen wir unsere Modellvorhaben durchführen.

Denn aus Guten Beispielen und Modellprojekten zu lernen tut Not. Es gibt bis heute noch keine systematische Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in der kommunalen Praxis. Viele gute einzelne Projekte, viel Engagement in all die-

sen Projekten, aber kein umfassendes, in der täglichen Praxis verankertes, zur Routine gewordenenes Gender Mainstreaming im Städtebau.

Unser Vorhaben im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau fordert dazu auf, das eigene Denken und Handeln zu überprüfen und sich bei jeder Planungsentscheidung die Frage zu stellen, wieweit sie unterschiedliche Lebensentwürfe zulässt und diese sogar unterstützt.

Das Thema „Gender“ ist aktuell. Das neue ExWoSt-Forschungsfeld soll mit dazu beitragen, dass es möglichst bald auch im „Mainstream“ ankommt.

Ihre

BRIGITTE ADAM

und

Ihr

ECKHARD BERGMANN



**4 Gender Mainstreaming –  
Konzeption des Forschungsfeldes**

**8 Gender Mainstreaming  
im Städtebau**

*Modellstädte*

10 Dessau

13 Pulheim

14 Bremen

**17 Gute Beispiele**

**20 URBAN II – Vergleichende Wirkungs-  
analyse**

**21 Ziel- und Indikatorenkatalog**

**22 Wissenschaftlicher Beirat**

**23 Literaturhinweise, Links und Termine**

**24 Impressum**

## Gender Mainstreaming – Konzeption des Forschungsfeldes

Zum Einlesen:

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:  
Städtebau und Gender Mainstreaming,  
Werkstatt: Praxis Nr. 4/2003, Bonn 2003

### Was verbirgt sich hinter Gender Mainstreaming?

Die Europäischen Union definiert Gender Mainstreaming (GM) wie folgt: „Gender Mainstreaming besteht in der Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluation von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.“

Der Anspruch ist weitreichend: Gefordert wird von **allen** an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten AkteurInnen eine geschlechtsspezifische Sichtweise in **alle** politischen Konzepte auf **allen** Ebenen und in **allen** Prozessphasen einzubringen. Ob in der Gesundheitspolitik, in der Personalpolitik oder im Städtebau – die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Interessen von Frauen und Männern sollen von vornherein und selbstverständlich berücksichtigt werden und können nicht mehr in die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten verschoben werden.

Gender Mainstreaming tritt als Querschnittsaufgabe weder in Konkurrenz zur bisherigen Frauenpolitik, noch ersetzt es die traditionelle Gleichstellungspolitik. GM stützt sich vielmehr auf die vorliegenden Erfahrungen und Ergebnisse. So müssen nicht alle Aspekte neu erarbeitet und entwickelt werden, da an Konzepte und Projekte institutionalisierter Frauen- und Gleichstellungspolitik angeknüpft werden kann. Aber GM ist mehr und geht über gleichstellungspolitische Ansätze hinaus:

- GM wird als Top-Down-Prinzip durch hochrangige politische Beschlüsse explizit bestätigt und in Gesetzen, Förderprogrammen usw. verankert.
- Politische AkteurInnen sind nicht nur für die Abschaffung von Geschlechterungleichheit, sondern auch unter präventiven Gesichtspunkten in die Pflicht zu nehmen. Denn politische Entscheidungen und soziale Prozesse entfalten Wirkungen, die die Differenzen zwischen den Geschlechtern (erst) herstellen bzw. die bestehenden Differenzen verstärken können.
- Die Umsetzung erfolgt auf den Ebenen aller Fachressorts, etwa in der Stadtplanung, im Umweltschutz, im Bauwesen oder im Finanzwesen. Somit stehen auch diejenigen Ressorts, für die das

Geschlechterverhältnis in der Regel bisher keine Rolle zu spielen schien, vor der Aufgabe, ihre politischen Strategien unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit zu überprüfen.

- Mit GM wird beim Blick auf beide Geschlechter systematisch auch nach den Männern gefragt, um sowohl eine etwaige Benachteiligung der Männer als auch ihren Beitrag zur Lösung bestehender Probleme zu erkennen.

### *Gender Mainstreaming in den Kommunen*

Die Einführung von GM als Top-Down-Steuerungsmodell in den Kommunen knüpft an Diskussionen um BürgerInnenbeteiligung, politische Steuerung, Dezentralisierung und Umsetzungsmanagement an und zielt somit auf Effizienz und Effektivität. Die genaue Anzahl der Kommunen, in denen bisher politische Beschlüsse zu GM vorliegen, ist allerdings nicht bekannt.

Einen ersten Überblick bietet jedoch eine 2003 durchgeführte Umfrage des Deutschen Städtetages zum Stand der kommunalen Umsetzung von GM (Holland-Letz 2003). Zwölf Fragen wurden an die 348 Mitgliedsstädte versandt, 81 (23 %) davon beantworteten den Fragebogen. 54 % dieser Städte setzen GM in ihrer Stadtverwaltung um. Die am häufigsten genannten Fachgebiete sind Stadtplanung, u. a. mit den Themenfeldern Spielplätze und Verkehrspolitik sowie Jugendarbeit.

#### **Gender**

kommt aus dem Englischen und bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind erlernt und damit auch veränderbar.

#### **Mainstreaming**

(englisch für „Hauptstrom“) bedeutet, dass eine bestimmte inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird.

**Entstehung des Konzepts Gender Mainstreaming**

1995	4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking verabschiedet die Einführung von GM als neues Instrument der Gleichstellungspolitik
1. Mai 1999	Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet, eine aktive und integrierte Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming zu betreiben
1998	Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beschließen als erste Bundesländer die Umsetzung von GM auf Landesebene
23. Juni 1999	Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zu Gender Mainstreaming als durchgängigem Leitprinzip ihres Handelns
26. Juli.2000	Festlegung der Verpflichtung aller Ressorts in § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, GM bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu beachten
2000	Konstituierung einer interministeriellen Steuerungsgruppe „Gender Mainstreaming“ auf Bundesebene zur Umsetzung des Ansatzes in der laufenden Arbeit aller Bundesressorts.
2002	Verankerung von GM in der Arbeit des Deutschen Städtetages

Jede Kommune und damit jede Verwaltung entwickelt zunächst einen eigenen Weg, d.h. ein einheitliches und übertragbares Schema existiert nicht:

- 31 Städte wenden analytische Instrumente an (geschlechtsdifferenzierte Statistiken, Checklisten etc).
- 25 Städte nennen Wissensvermittlung durch Schulungen und Gender-Trainings.
- In sechs Städten wurden Gender-Beauftragte benannt.

In den meisten Städten wurden die Fragebögen von Gleichstellungsbeauftragten beantwortet, so dass davon ausgegangen werden kann, dass diese auch im Zusammenhang mit GM eine wichtige Rolle einnehmen bzw. für GM zuständig sind. Vierzehn Antworten wurden von anderen Verwaltungsstellen (Personalamt, Hauptamt etc.) erteilt.

Die systematische Implementierung von GM als Querschnittsaufgabe und Top-Down-gesteuertem Prozess

steht zwar in den Kommunen größtenteils noch am Anfang. Die wachsende Zahl mittlerweile vorliegender parlamentarischer Beschlüsse zum GM verweist jedoch auf eine steigende Anzahl von Kommunen in den „Startlöchern“. Die Anzahl der Pilotvorhaben wird deshalb in den nächsten Jahren sicherlich zunehmen, „Leuchtturmprojekte“ finden sich darüber hinaus eher im benachbarten Ausland (z.B. in Wien). Insgesamt ist jedoch noch von erheblichen inhaltlichen und verfahrensbezogenen Informationsdefiziten auszugehen,

Im kommunalen Kontext wird GM als eine auf (Verwaltungs)Organisationen zielende Strategie zur Veränderung von Entscheidungsprozessen interpretiert. Verantwortlich für die Umsetzung des GM werden damit die jeweils für die Fachpolitiken Zuständigen in Politik und Verwaltung. Damit diese über das notwendige Wissen verfügen, wird ein umfassender Prozess der Information und

Sensibilisierung notwendig. Systematische Informations- und Fortbildungsveranstaltungen sind somit wesentlich für die Vermittlung von Wissen und die Entwicklung von Kompetenzen zur Umsetzung von GM.

*Städtebau und Gender Mainstreaming*

Da GM als erklärtes Ziel der Bundesregierung in allen Politikbereichen, Handlungen und Maßnahmen zu berücksichtigen ist, soll die Strategie auch in alle Aktivitäten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) integriert werden. Das spezielle Ziel hier lautet: Die Stadt soll für Frauen und Männer ein gleichermaßen attraktiver Lebensraum sein, und die Städte sollen sich zu sozial nachhaltigen und lebenswerten Wohn- und Arbeitsorten für die gesamte Bevölkerung entwickeln. So selbstverständlich diese Forderung klingen mag, der Alltag sieht vielerorts noch anders aus. Städtebauliche Strukturen können durch lange Wege, schlechte Verbindungen im öffentlichen Verkehr oder die fehlende Berücksichtigung unterschiedlicher Ansprüche von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen an Wohnumfeld und Freiraumangebote die Chancengleichheit behindern. Da die Zugehörigkeit zum weiblichen oder männlichen Geschlecht noch immer eine der prägendsten und bedeutsamsten gesellschaftlichen Unterscheidungen ist, weist das Leben von Frauen und Männern in den meisten Bereichen des öffentlichen

und privaten Lebens große Unterschiede auf, ohne dass dies immer bewusst wäre.

Solange tradierte Normen und Verfahrensweisen im Städtebau noch die Handschrift ihrer zumeist männlichen Konstrukteure, Planer und Architekten aufzeigen, wird der auf den männlichen Vollzeiterwerbstätigen zentrierte Blickwinkel die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bedürfnisse hinsichtlich Mobilität und Verkehrswegen, Sicherheit, Versorgungsstruktur und Nutzung öffentlicher Räume vernachlässigen. Mit der Strategie GM geht es nun darum, die Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter in Bauwesen und Städtebau zu integrieren.

**Beispiel: Wohngebiete sind auch als Arbeitsstätten zu planen**

In einem Wohngebiet wird eine Vielzahl bezahlter und unbezahlter Arbeit verrichtet, u. a. Planung und Organisation von Haushalt, Kinder- und Altenbetreuung, Essenszubereitung, Straßenreinigung, Müllabfuhr. Vor allem die unbezahlten Tätigkeiten werden bislang in der Gestaltung und räumlichen Organisation unzureichend berücksichtigt.

Als erster Schritt zur Umsetzung von GM im Städtebau wurde vom BBR eine Expertise in Auftrag gegeben, um zum einen sowohl angewendete Strategien als auch laufende Projekte auf internationaler, nationaler, Landes- sowie kommunaler Ebene ausfindig zu machen und um zum anderen Ansätze zu entwickeln, wie das Prinzip GM in die Städtebaupolitik integriert werden kann (vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2003). Hieran schloss sich im

Dezember 2002 die Fachtagung „Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik“ an. Auf dieser Veranstaltung, die zusammen mit dem Deutschen Städtetag durchgeführt wurde, konnte anhand von Beispielen aus der Praxis die gegenwärtige Gleichstellungspolitik bei verschiedenen Aufgaben der Stadtentwicklung dargestellt werden.

**Beispiel: Kommunale Sportanlagen für Frauen und Männer**

Selbstverständlich nutzen sowohl Frauen als auch Männer die sportlichen Angebote in ihren Kommunen. Kommunal geförderte Einrichtungen werden jedoch aufgrund ihres Zuschnitts auf Sportarten wie Fußball und Basketball zu 70 % von Männern genutzt. Notwendig wird die Berücksichtigung vielfältigerer Bedürfnisse.

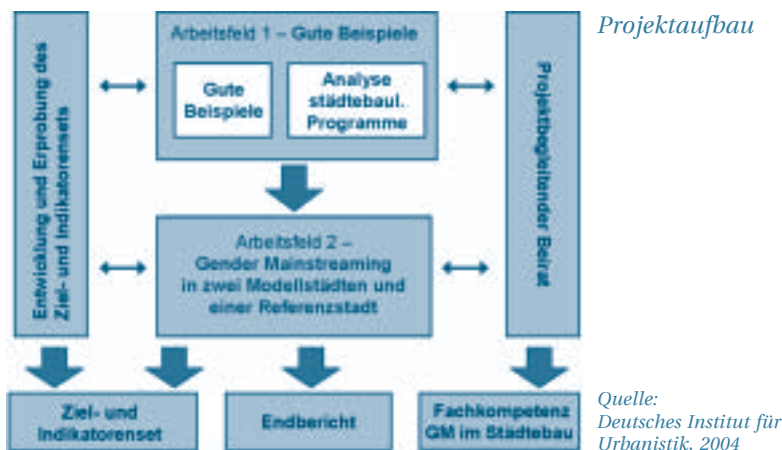
Auch wenn Gute Beispiele dokumentiert werden können, die die hohe Bedeutung von GM für Stadtentwicklung, Stadtplanung und den Städtebau belegen, ihre Einbindung in (kommunales) Verwaltungshandeln waren bislang nur punktuell, eine systematische Berücksichtigung von Gender-Aspekten ist in der kommunalen Praxis die Ausnahme. Dieser Befund bezieht sich auf die durchaus zahlreichen Projekte, die in den letzten 15 Jahren überwiegend in westdeutschen Städten aus gleichstellungspolitischer Perspektive umgesetzt wurden. Durch das aktuelle ExWoSt-Forschungsvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ sollen vorhandene Defizite überwunden und dem Umsetzungsprozess neue Schubkraft verliehen werden.

**Ziele des Vorhabens „Gender Mainstreaming im Städtebau“**

Die Erarbeitung verallgemeinerbarer Strategien zur Integration und Steuerung von GM in alltägliche(n) Verwaltungsabläufe(n) bildet den Kern des ExWoSt-Forschungsvorhabens. Dabei spielen, das haben die Erfahrungen in einem anderen wichtigen querschnittsbezogenen kommunalen Aufgabenfeld – der Implementierung von „Nachhaltigkeit“ – gezeigt, konkrete Zielvereinbarungen und messbare Erfolgskriterien (Indikatoren) eine tragende Rolle. Die Erarbeitung und Erprobung eines übertragbaren Ziel- und Indikatorengerüsts zum Thema „GM im Städtebau“ soll deshalb als „roter Faden“ die unterschiedlichen Bausteine des Vorhabens verknüpfen und sicherstellen, dass über lokale Projekt- und Modellstadterfahrungen hinaus eine auf andere Städte und Gemeinden übertragbare Arbeitsgrundlage geschaffen wird.

Aus dem oben beschriebenen Aufgabenverständnis leiten sich damit folgende Ziele für „Gender Mainstreaming im Städtebau“ ab:

- Systematisierung und Verallgemeinerung der bisherigen Erfahrungen in der Umsetzung von gleichstellungspolitischen Zielen in der städtebaulichen Praxis. Die Sammlung und Dokumentation „Guter Beispiele“ liefert Anregungen, wie GM erfolgreich in der städtebaulichen Praxis umgesetzt werden kann.
- Analyse der fördernden und hemmenden Rahmenbedingungen zur Umsetzung von GM auf der Ebene



städtebaulicher Programme am Beispiel der EU-Gemeinschaftsinitiative **URBAN II**, um mögliche Impulswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung in anderen aktuellen städtebaulichen Programmen (u.a. „Stadtumbau Ost“ und „Soziale Stadt“) erfassen zu können.

- Erarbeitung von übertragbaren Verfahrensschritten zur systematischen Steuerung von Gender-Aspekten in der planenden kommunalen Verwaltung. Gemeinsam mit **zwei Modellkommunen** (Desau und Pulheim) und der **Referenzstadt** Bremen wird ein eng abgestimmtes Vorgehen entwickelt, um anhand von städtebaulichen Pilotprojekten exemplarisch die Umsetzung von GM zu testen. Die Modellstädte werden bei diesem Prozess kontinuierlich begleitet und intern beraten. Workshops, Planungswerkstätten und andere Veranstaltungen dienen zudem dem übergreifenden Erfahrungsaustausch.

- Erarbeitung eines ersten **Ziel- und Indikatorensets** zum Themenfeld GM im Städtebau.
- Formulierung von Empfehlungen für Bund und Länder hinsichtlich der Implementierung von GM in den Förder- und Forschungsprogrammen sowie in die Gesetzes-, Verordnungs- und Richtlinienggebung.
- Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes zur Einbindung von Praxiswissen sowie zur Nutzung von Multiplikatoreffekten und zur Verbesserung des Wissens- und Informationstransfers zwischen GM-ExpertInnen und kommunalen AkteurInnen. Hier zu wird ein projektbegleitender **Beirat** berufen.

Mit der Implementation von GM in kommunales Alltagshandeln wird das Ziel einer Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung aller Planungsverfahren und -produkte verfolgt. Im Vorhaben werden dabei die gleichstellungspolitisch unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in ost- und

westdeutschen Kommunen berücksichtigt. Während in westdeutschen Städten durch die „neue Frauenbewegung“ auf eine relativ breite Sensibilisierung zurückgegriffen werden kann, haben Frauen in ostdeutschen Städten aufgrund ihrer hohen Erwerbsbeteiligung zu DDR-Zeiten ein anderes Selbstverständnis entwickelt. Erst mit drastischem Abbau der Kinderbetreuung und veränderten Arbeitsmarktchancen verschieben sich in ihrer Wahrnehmung die Chancen der Geschlechter. Mit dem demografischen Wandel, dem Stadtumbau und der Suburbanisierungsdynamik stellen sich in den ostdeutschen Kommunen auch aus gleichstellungspolitischer Sicht besondere stadtentwicklungspolitische Gestaltungsaufgaben, von deren Bewältigung auch westdeutsche Städte lernen können.

## Gender Mainstreaming im Städtebau

Die Forschungsassistenz beim Projekt „Gender Mainstreaming im Städtebau“ liegt in den Händen von:

Dr. Stephanie Bock, Ulrike Meyer und Franciska Frölich  
Deutsches Institut für Urbanistik / Berlin

Uta Bauer  
Büro für integrierte Planung / Berlin

Heike Wohltmann  
planungsgruppe Vor Ort / Bremen

### Konzept und Methoden

Der Kernbestandteil in diesem ExWoSt-Vorhaben ist die Erarbeitung verallgemeinerbarer Strategien zur Integration und Steuerung von GM in alltäglichen Verwaltungsabläufen. Dies soll am Beispiel von zwei Modellstädten (Pulheim und Dessau) und einer Referenzstadt (Bremen) erfolgen. Von der Umsetzung im realen Planungsalltag vor Ort und der Kooperation mit allen relevanten AkteurInnen können weiterführende Ergebnisse zur Anwendbarkeit in Frage kommender Steuerungsansätze und Instrumente erwartet werden. Drei Aspekte stehen im Vordergrund:

- die modellhafte Umsetzung und Steuerung eines GM-Prozesses im kommunalen Planungshandeln sowie die Ableitung und Fortentwicklung von übertragbaren Verfahrensschritten,
- der systematische Wissenstransfer für GM-Prozesse in Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung sowie
- die Anwendung, Modifikation und der Abschluss der Erarbeitung eines Ziel- und Indikatorensets „GM im Städtebau“.

Die Arbeit in den Modellvorhaben stellt sich als „lernender Prozess“ dar, der ergebnisoffen ist. In den Modellstädten geht es zum einen um die Qualitätsverbesserung von Planungsprozessen – GM als Querschnittsziel. Zum anderen soll in diesen Städten exemplarisch ausgelotet werden, wie städtebauliche Beiträge zur Schaffung einer Chancengleich-



Organisation des Arbeitsprozesses in den Modellstädten

Quelle:  
Deutsches Institut für Urbanistik, 2004

heit von Frauen und Männern aussehen können.

Folgende Kriterien führten zur Auswahl der beiden Modellstädte sowie der Referenzstadt:

- Bereitschaft der Kommune, eigene Mittel, bzw. personelle Ressourcen für den GM Prozess zur Verfügung zu stellen.
- Bereitschaft der Kommune, im Rahmen des Planungs- und Umsetzungsprozesses eine Ziel- und Qualitätsvereinbarung mit dem BBR abzuschließen.
- Vorhandensein geschlechtsspezifischer Strukturdaten und die Bereitschaft, diese auszuwerten und zur Verfügung zu stellen.
- Überschaubarkeit sowie Pilotcharakter der zu bearbeitenden Projekte, die typische und auf ost- und westdeutsche Städte übertragbare Problemlagen aufweisen.
- Kommunaler Beschluss (oder die erklärte Bereitschaft, diesen Beschluss herbeizuführen) zur Umsetzung von GM im Handlungsfeld Stadtplanung/-entwicklung.

Vorteilhaft war es darüber hinaus, wenn in den Städten ein allgemeiner parlamentarischer Beschluss zur Einführung der GM-Strategie auf gesamtstädtischer Ebene bestand. Bei der Auswahl der Modellstädte war neben ihrer jeweiligen Eignung als Modellstadt die Kombination der beiden Städte zu berücksichtigen. So sind mit Pulheim und Dessau sowohl eine west- als auch eine ostdeutsche Kommune vertreten. Gleichzeitig repräsentieren die beiden Städte die Unterschiedlichkeit schrumpfender und wachsender Kommunen.

Aufgrund dieser Auswahl wird erwartet, dass sich so in Ansätzen die mögliche Spannweite bei der Umsetzung von GM im Städtebau zeigen lässt. Durch das Hinzuziehen der Referenzstadt Bremen können darüber hinaus die spezifischen Rahmenbedingungen einer Großstadt in die Analyse einbezogen werden. Als Referenzstadt nimmt Bremen einen Sonderstatus ein: Das Pilotvorhaben wird zwar mit nur geringer externer Beratung und Begleitung durchgeführt, seine Ergebnisse werden je-



doch gleichwohl in die Gesamtauswertung einfließen.

Da die Rahmenbedingungen in den Modellstädten unterschiedlich sind, variieren die Bausteine, Elemente und Instrumente, die zu dem jeweiligen GM-Implementierungskonzept gehören. Vor dem Hintergrund des Zeitrahmens der Modellphase (März 2004 bis Oktober 2005) wird deshalb individuell für das zu „gendernde“ Planungsverfahren und -projekt in der jeweiligen Stadt ein eng abgestimmtes Vorgehen entwickelt. Die wesentlichen Bausteine dieses Prozesses sind:

*Ziel- und Qualitätsvereinbarung als Ausgangspunkt:* Gemeinsam mit der Modellstadt werden in einem ersten Schritt die Schwerpunkte des GM-Prozesses und die zu erreichenden Ziele festgelegt und in einer Qualitätsvereinbarung zwischen Kommune und BBR festgehalten. Die Unterzeichnung der Qualitätsvereinbarung im Rahmen einer öffentlichen Auftaktveranstaltung dient als offizieller Start des Modellvorhabens vor Ort.

*Entwicklung eines Prüfverfahrens:* GM als ein umfassendes gleichstellungspolitisches Qualitätsmanagement umzusetzen, bedeutet zu überprüfen, ob und wie der Geschlechteraspekt die Maßnahmenplanung, die Maßnahmenumsetzung sowie die Maßnahmenevaluation als roter Faden durchzieht. Deshalb ist eine präzise Zielfestlegung von Beginn jeder Maßnahme an erforderlich. Durch die Festlegung der Beurteilungskriterien (Indikatoren), der

Verfahrensschritte, der Zeitplanung und der Zuständigkeiten dient die Zielfestlegung als Grundlage eines qualifizierten Gender-Controllings. Dieses Umsetzungskonzept wird gemeinsam mit den Kommunen erarbeitet.

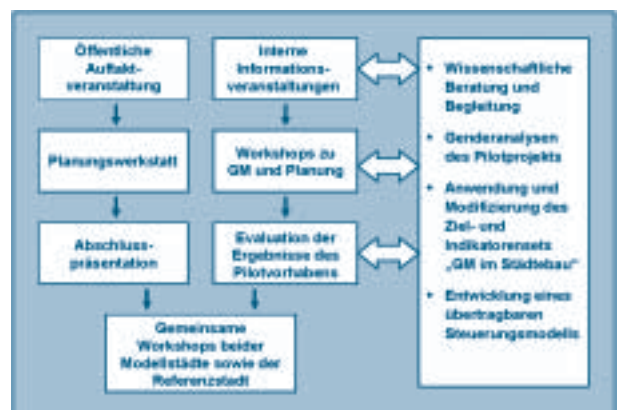
In einem ersten Schritt erfolgen die Entwicklung konkreter Zielvorgaben und die Erarbeitung von Evaluationskriterien. Dies beinhaltet auch die Beschreibung des Ist-Zustandes zu Beginn des GM-Prozesses. In einem zweiten Schritt wird anhand des konkreten Pilotvorhabens ein Prüfverfahren erprobt, dieses umfasst z.B. die Aufbereitung geschlechterdifferenzierter Statistiken sowie die Durchführung bzw. Anwendung von Analysen, Checklisten und Gleichstellungsprüfungen.

Zurückgegriffen werden kann dabei u.a. auf die Gleichstellungsprüfung der Europäischen Kommission, die in einem vierstufigen Verfahren die geschlechtsspezifische Relevanz prüft und bewertet. Auch die „3R-Methode aus Schweden“, die nach Repräsentation (Wie groß ist der Anteil von Frauen und Männern?), Ressourcen (Wie werden die verschiedenen Ressourcen zwischen Frauen und Männern verteilt?) und Realität (Warum ist die Situation so?) fragt,

bietet ebenso wie das für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit weiterentwickelte Konzept eines Gender Impact Assessment wichtige Impulse für die Entwicklung eines kommunalen Prüfinstrumentes.

*Organisation des Prozesses:* Die organisatorisch-institutionelle Ebene, d.h. die Einpassung des Verfahrens in die verwaltungsorganisatorischen Abläufe liegt im Zuständigkeitsbereich der Kommunen und wird von den Auftragnehmerinnen vorbereitet, wissenschaftlich begleitet und beraten sowie ausgewertet. Diese Ebene umfasst den Aufbau neuer verwaltungsinterner Strukturen, um den Prozess des GM verankern zu können. Eine Lenkungsgruppe „GM im Städtebau“ setzt sich aus den Führungsspitzen (Politik und Verwaltung) zusammen. Diese Gruppe wird um eine GM Arbeitsgruppe ergänzt, deren Arbeit sich auf das konkrete Projekt bezieht. Die Arbeit beider

Organisation der modellhaften Implementation von Gender Mainstreaming im Städtebau



Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, 2004

**Tabelle 1**  
Strukturwandel in Dessau

Dessau	1990	1996	2001	Veränderung in %
Siedlungsfläche in ha	–	2.991	3.238	+ 8,0
Bevölkerungsentwicklung	97.331	90.090	80.655	- 17,0
davon weiblich	52,6 %	52,2 %	52,1 %	- 0,5
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	36.717 (1993)	34.469	33.786	- 8,0
Arbeitslosenquote (Monat Dezember des Jahres)	5,2 %	19,7 %	19,0 %	
Frauenarbeitslosenquote	–	22,9 %	19,5 %	
Wohnungsbestand	43.780	45.071	48.182	+ 10,0
Leerstand Wohneinheiten	–	12,9 % (1999)	16,7 % (2003)	

Gruppen wird über die wissenschaftliche Begleitung dieses ExWoSt-Vorhabens organisiert und moderiert. Dabei gewährleistet ein Jour-Fixe den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen allen Projektbeteiligten und erhöht die Transparenz des Vorgehens. Geprüft wird, ob und wie die neu gebildeten Gremien in eine dauerhafte Struktur überführt werden können.

*Vermittlung von Gender-Kompetenz und Gender-Wissen:* Systematische Informations- und Fortbildungsveranstaltungen sind wesentlich für die Vermittlung von Gender-Kompetenz als Handlungskompetenz. Sie sollen die Verantwortlichen in die Lage versetzen, Geschlechterdifferenzen in den Lebenssituationen zu erkennen und in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Die dabei vermittelten Informationen werden ergänzt durch die Vermittlung einer fachbezogenen Gender-Kompetenz zu den Inhalten und Methoden der Fachaufgabe. Diese Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, die als projektinterne Workshops durchgeführt werden, stehen allen Projektbeteiligten offen. Zudem werden in der Projektlaufzeit größere Workshops zur Vertiefung einzelner Fragestellungen durchgeführt.

*Projektübergreifende Workshops zum Erfahrungsaustausch:* An drei Terminen werden im Projektverlauf mit den Projektbeteiligten gemeinsame Workshops durchgeführt. Diese dienen neben einem Erfahrungsaustausch und der kritischen Diskussion der jeweiligen Implementationsprozesse zur Selbstreflexion der Beteiligten.

ten. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung werden die Workshops durchgeführt, moderiert und ausgewertet.

*Planungswerkstatt:* In einer Planungswerkstatt, an der Beteiligte aus den Städten, dem projektbegleitenden Beirat und externe kommunale ExpertenInnen zu GM im Städtebau teilnehmen, erfolgt ein breiterer Austausch über Erfahrungen zu GM im Städtebau. Ermöglicht wird weitergehende Reflexion über das Modellprojekt. Unterstützt werden die Planungswerkstätten wiederum durch die ExWoSt-Projektbetreuung.

Eine an sich wünschenswerte Evaluation ist während der Projektlaufzeit angesichts der längeren Umsetzungszeiträume von Planungen nicht möglich. Analysiert werden können nur erste Erfahrungen und Auswirkungen. Nach einem Jahr GM-Prozess (05/2004 – 05/2005) in den Modellkommunen können dennoch die vorab festgelegten Ziele hinsichtlich der erreichten Ergebnisse überprüft werden. Diese prozess- und indikatorengestützte Evaluation überprüft sowohl die entwickelten Verfahren als auch die inhaltlichen Ergebnisse des GM-Prozesses. Dies erfolgt anhand der erfolgten Zielfestlegung sowie des Ziel- und Indikatorensets „GM im Städtebau“. Gegebenenfalls werden notwendige Korrekturen eingeleitet. Ein Modellprojekt – und dies soll abschließend festgehalten werden – ist dann erfolgreich,

- wenn aus den Modellfällen Planungsalltag – auch in anderen Kommunen – wird,

- wenn GM als Qualitätsmanagement eingeführt werden kann,
- wenn GM als funktionierende Strategie unter „normalen“ kommunalen Rahmenbedingungen akzeptiert wird und
- wenn GM als neue Perspektive auch unter erschwerten Bedingungen gefördert wird.

**Modellstädte**

□ Modellstadt Dessau

Dessau, eines von drei Oberzentren im Bundesland Sachsen-Anhalt mit derzeit rund 78 000 EinwohnerInnen, muss nach der Wende einen tiefgreifenden ökonomischen Strukturwandel verkraften. Die Stadt verliert seit 1990 rund 20 % seiner EinwohnerInnen, die ökonomische Basis kann nicht verbreitert werden, der Wohnungsleerstand wächst. Obwohl sich der Bevölkerungsrückgang verlangsamt hat, kann von einer spürbaren Stabilisierung mit einem Trend zur Umkehr dieser Entwicklung absehbar nicht gerechnet werden. Dessau steht deshalb nicht nur für eine Kommune, die Schrumpfungprozesse zu steuern hat, sie repräsentiert auch eine ehemalige Industriestadt, in der neben den wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen auch erhebliche soziale Aufgaben im Rahmen des Stadtumbaus zu bewältigen sind.

Chancen für die Stadtentwicklung bieten sich insbesondere in der naturräumlichen Lage unmittelbar an der Grenze zum Biosphärenreservat „Mittlere Elbe“ und inmitten

des historischen Dessau-Wörlitzer-Gartenreiches sowie in der Tradition als Bauhaus-Stadt. Die für Anfang 2005 geplante Standortverlagerung des Umweltbundesamtes von Berlin nach Dessau verspricht weitere wichtige Impulse für die Stadtentwicklung.

#### *Umsetzung von Gender Mainstreaming in Dessau*

Die Umsetzung von GM steht in Dessau wie in vielen anderen deutschen Kommunen noch am Anfang. Dennoch hat Dessau dazu erste Erfahrungen im Rahmen der Durchführung des EU-Förderprogramms URBAN II gesammelt. In diesem Programm ist die Herstellung der Chancengleichheit als Querschnittsziel auf allen Handlungsebenen verankert. Überregionale Anerkennung hat sich Dessau mit dem im Rahmen von URBAN II geförderten und inzwischen eröffneten Frauen-Gründerinnenzentrum (WIP) erworben.

Für das neue Modellvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ beabsichtigt Dessau nun, auf diesen Erfahrungen aufbauend, aktuelle Planungen und Aufgaben des Stadtumbaus unter dem Aspekt der Chancengleichheit zu qualifizieren. Die gestellte Aufgabe ist auf zwei Ebenen zu bearbeiten: Einerseits müssen inhaltliche Kriterien und Ziele entwickelt werden, die sicherstellen, dass Chancengleichheit im Stadtumbauprozess berücksichtigt wird. Andererseits sind auch unter den erschwerten Rahmenbedingungen der Personal- und Finanzknappheit der kommunalen Verwal-



*Luftbild Flössergasse*

*Quelle: Stadt Dessau, Vermessungsamt 2000*

tungen Verfahren zu entwickeln, die eine systematische Integration der Chancengleichheit in städtebauliche Aufgaben ermöglicht.

Ziel in der Modellstadt Dessau ist es, sowohl die notwendigen Beteiligungsprozesse als auch konkrete, in der Laufzeit des ExWoSt-Vorhabens anstehende städtebauliche und freiraumplanerische Vorhaben so zu bearbeiten, dass für verschiedene Bevölkerungsgruppen neue und langfristig tragfähige Qualitäten entstehen. Die Ergebnisse des Modellvorhabens sollen in die für 2006 geplante Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes einfließen. Folgende Ziele werden dazu formuliert:

- Sicherung einer ausgewogenen und stabilen Bevölkerungsstruktur (Alter, Geschlecht, Einkommen).

- Sozial verträgliche Gestaltung notwendiger Rückbauprozesse, Berücksichtigung der Bedürfnisse derjenigen Bevölkerungsgruppen, die davon maßgeblich betroffen sind (ältere Menschen, Alleinerziehende, sozial Benachteiligte).
- Eine differenzierte und zielgruppengenaue Partizipation der BürgerInnen bei Planung und Gestaltung von Stadtumbauprozessen.
- Schaffung differenzierter und nachfragegerechter Wohn(umfeld)angebote in den von Rückbau betroffenen Stadtbereichen sowie in den aufzuwertenden innerstädtischen Wohnbereichen.
- Sicherung der sozialen und öffentlichen Infrastrukturausstattung sowie der autonomen Mobilität in dem veränderten Stadtkörper.

**Tabelle 2**  
Strukturdaten der beiden Stadumbaugebiete

	Flössergasse	Heidestraße Nord	Gesamtstadt
Fläche	13,7 ha	190 ha	ca. 14.800 ha
Wohnungsbestand (2003)	1.371	8.345	47.783
Leerstandsquote (2000)	6 %	16 %	12,3 %
Leerstandsquote (2003)	11 %	25 %	16 %
Baustruktur	Plattenbauten	1930-er Jahre und Plattenbauten	

*Die Pilotvorhaben „Flössergasse“  
und „Heidestraße Nord“*

In den ausgewählten Pilotvorhaben „Flössergasse“ und „Heidestraße Nord“ werden in der Projektlaufzeit diese Ziele in den konkreten städtebaulichen Planungsverfahren umgesetzt. Dabei handelt es sich bei dem Projekt „Flössergasse“ um ein formelles (Bebauungsplan), bei der „Heidestraße Nord“ um ein informelles (Rahmenplanung) Planungsverfahren.

Das Ziel des Bebauungsplanverfahrens „Flössergasse“ ist die Aufwertung und Stabilisierung eines unmittelbar an die Innenstadt angrenzenden, von Plattenbauten geprägten Wohngebietes. Die Blockinnenbereiche sind neu zu gestalten, die funktionale Verflechtung zur Innenstadt, aber auch zum nahegelegenen Muldeufer wird verbessert. Mittels Durchbrüchen und Veränderungen

der Gebäudestruktur sollen bessere Wegebeziehungen sowie neue Wohnqualitäten geschaffen werden. Die frühzeitige Beteiligung der Bewohnerschaft hat in diesem Bestandsquartier eine hohe Priorität.

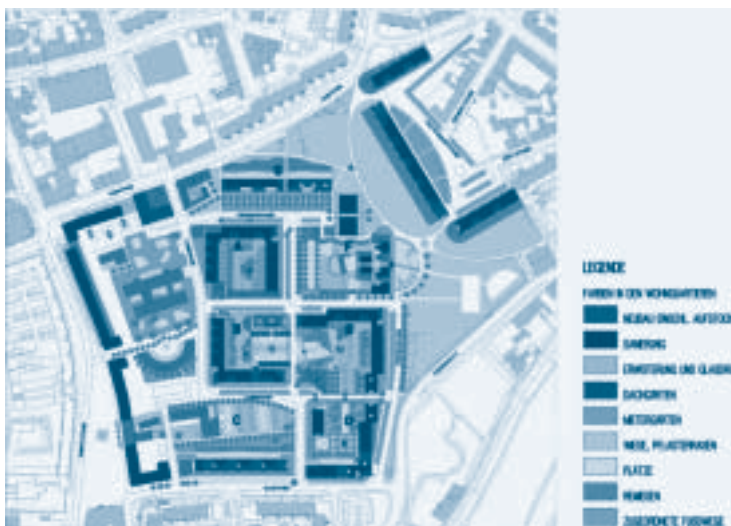
In der „Heidestraße Nord“ geht es um die Begleitung einer Rahmenplanung, die das Umzugsmanagement, den flächenhaften Rückbau zugunsten neuer Freiraumstrukturen sowie die Gestaltung der Stadtränder zur Aufgabe hat. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die durch Rückbau geschaffenen Flächen so zu gestalten

*Stadumbaugebiet Innenstadt Süd/  
Heidestraße Nord*



Quelle: Büro Stein/Willecke

*Stadumbaugebiet Innenstadt / Flössergasse*

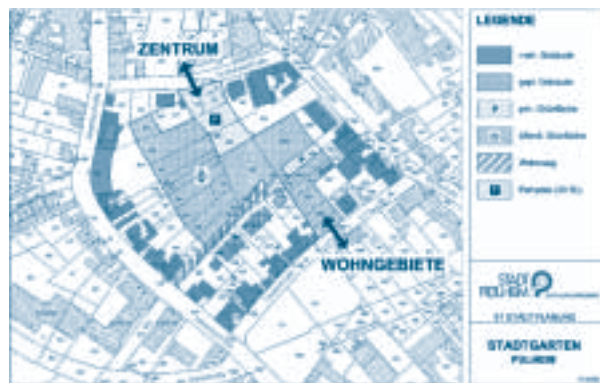


Quelle: Büro Bankert+Seelbach

sind, dass sie die Lebensqualität der AnwohnerInnen erhöhen. Auch hier sind die Bewohnerschaft und die betroffenen AkteurInnen umfassend in den Prozess einzubinden.

Als einen ersten Schritt zur Ermittlung unterschiedlicher Ansprüche und Bedarfe ist in beiden Stadumbaubereichen eine Haushaltsbefragung geplant.

Die Erkenntnisse aus der Bearbeitung der beiden Pilotprojekte fließen



Planung „Stadtgarten Pulheim“



Lageplan: „Stadtgarten Pulheim“

in konkrete Organisationsmodelle ein, die die systematische Berücksichtigung von Kriterien der Chancengleichheit in der rechtsverbindliche Bebauungsplanung als auch in der informellen Rahmenplanung einschließen.

#### □ Modellstadt Pulheim

Die Stadt Pulheim liegt im nordöstlichen Bereich des Erftkreises, 12 km nordwestlich vom Ballungszentrum Köln und 14 km nordöstlich der Kreisstadt Bergheim. Auf einer Fläche von rund 7.215 ha leben derzeit 53.208 EinwohnerInnen: 25.916 Männer und 27.292 Frauen. Von diesen gehören 3.578 einer anderen Staatsangehörigkeit an: 1.807 Männer und 1.771 Frauen.

Die Geschichte Pulheims in seiner jetzigen Form ist noch jung: Die heutige Ausdehnung der Stadt geht auf das Jahr 1975 zurück, als die früher selbstständigen Gemeinden Pulheim, Stommeln, Brauweiler und Sinnersdorf sowie ihre Ortsteile zur Großgemeinde Pulheim zusammengefasst wurden. 1981 erhielt Pulheim Stadtrecht. Die Stadtteile blicken auf lange historische Traditionen und wechselvolle Geschichten zurück, die gemeinsam mit den unterschiedlichen räumlichen Lagen die vorhandene Heterogenität und Vielfalt der Stadt begründen.

Aufgrund ihrer Lage in der Arbeitsmarktregion Köln gehört Pulheim zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen im gesamten Bundesgebiet. Neben einzelnen Großbetrieben in den beiden Gewerbegebieten Pulheim

und Brauweiler sind überwiegend mittelständische Unternehmen im Bereich Handel und Gewerbe am Standort ansässig. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2002 7,9 %. Neben der von Wachstum geprägten Wirtschaftsentwicklung wirbt die Stadt vor allem mit einer hohen Lebensqualität und den vielen Freizeitmöglichkeiten in einer Umgebung, die durch Freiflächen und Waldgebiete gekennzeichnet ist. Pulheim steht somit für eine junge, wachsende Stadt mittlerer Größe, die auch in Zukunft noch mit Wachstumsprozessen rechnen können wird.

Nach dem relativ hohen Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre wird die zukünftige Bevölkerungsentwicklung stark von dem Wohnraum- bzw. Bauflächenangebot abhängen. So werden auch zukünftig neue Wohnbaugebiete ausgewiesen, aber auch Aufgaben zur Stadterneuerung sind von Bedeutung. Auf diesem Weg soll Pulheim als Mittelzentrum mit seinen Versorgungs- und Wohnfunktionen weiterhin gestärkt werden. Als städtebauliche Orientierung für die Entwicklung des Ortszentrums von Pulheim liegt ein Rahmen- und Masterplan vor.

#### Umsetzung von Gender Mainstreaming in Pulheim

Nachdem die Politik „grünes Licht“ für die Implementierung von GM in das Verwaltungshandeln gegeben hatte, entschloss sich das Planungsbüro der Stadt in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten, als erstes Amt seine Verfahren zu „gen-

dern“. Die am Projekt beteiligten MitarbeiterInnen und LeiterInnen verschiedener Ämter entwickelten in einem ersten Schritt aus vorliegenden Anträgen zur Stadtentwicklung Leitziele für die Stadtentwicklung Pulheims und bewerteten diese unter Gender-Aspekten.

Weitere Anregungen zur Implementierung von GM ergaben sich aus einem Workshop, zu dem VertreterInnen der Fraktionen, AntragstellerInnen, BürgerInnen, Interessensgruppen, Beiräte, Naturschutzverbände usw. eingeladen wurden.

Primäres Ziel bei der Umsetzung von GM in der Stadtentwicklung Pulheims war es, die MitarbeiterInnen mit der Strategie des GM vertraut zu machen, ihre Wahrnehmung von Gender-Belangen zu schärfen und eine Verbindung von Gender- und Fachwissen zu ermöglichen. Seither wurden mehrere Gender-Trainings für die VerwaltungsmitarbeiterInnen durchgeführt. Das Pilotvorhaben „Stadtgarten“ baut auf diesen Erfahrungen auf.

#### Das Pilotvorhaben „Stadtgarten“

Im Ortskern von Pulheim besteht ein deutliches Defizit an öffentlichen Grün- und Erholungsflächen – ein Mangel, der auch in der Rahmenplanung für die Stadtmitte Pulheims dokumentiert wurde. Eine der wenigen Ausnahmen stellt der Ende der 80er Jahre angelegte Stadtgarten dar. Dieser „bescheiden dimensionierte“ Park fristet seither jedoch ein „kümmerliches Dasein“ (vgl. Tochtrop, Martin: Neu- und Umgestaltung des

Pulheimer Stadtgartens, September 2003)). Teilweise unattraktive Gebäuderückseiten der Randbebauung und eine nicht ideal zugeschnittene Fläche – der Parks wird durch einen Parkplatz sowie durch private, umzäunte Gärten und durch Wohngebäude zerschnitten – charakterisieren gemeinsam mit nicht eindeutig zu definierenden Grünflächen und uneindeutigen Wegeverbindungen den Stadtgarten in seiner gegenwärtigen Gestalt.

Durch die Möglichkeit, weitere Flächen zum Park hinzu erwerben zu können, lässt sich der Stadtgarten zu einem angemessenen, repräsentativen und nutzungsfreundlichen Stadtpark weiterentwickeln. Dieser Schritt soll in einem Planungsverfahren erfolgen, dessen Anlass die Integration der neuen Flächen in die vorhandene Stadtgartenfläche darstellt. 2003 wurden drei Freiraumplanungsbüros aufgefordert, Ideen und Vorstellungen für den Stadtgarten zu entwickeln, eines der Büros wurde anschließend mit der weiteren Detailplanung beauftragt. Der favorisierte Entwurf zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass er versucht, die

verfügbare Fläche kleinteilig und vielfältiger als bislang zu gestalten.

Im Rahmen dieser Planung soll das Konzept der Gestaltung und Nutzung der gesamten Stadtgartenfläche überdacht und unter Berücksichtigung von GM-Aspekten neu entwickelt werden, um dem Stadtgarten einen höheren Gebrauchswert für alle NutzerInnengruppen zu geben. Vor diesem Hintergrund wird auch eine intensive BürgerInnenbeteiligung angestrebt. Die Berücksichtigung von Gender-Aspekten soll dazu führen, dass diese öffentliche Grünfläche als Aufenthaltsraum für Frauen wie Männer in verschiedenen Lebensphasen und Rollengestaltungen gleichermaßen attraktiv wird.

Zur Umsetzung des GM-Pilotvorhabens wurde ein zweistufiges Organisationsmodell gewählt, das sich aus einer Steuerungsebene und einer Arbeitsebene zusammensetzt. Die Steuerung der Umsetzung erfolgt in einer Lenkungsgruppe, die sich aus dem Beigeordneten, der Leiterin des Planungsamtes, der Leiterin der Koordinierungsstelle für Umweltschutz und der Gleichstellungsbeauftragten zusammensetzt. In der Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming“ arbeiten VertreterInnen des Planungsamtes, der Jugendhilfeplanung, die Seniorenbeauftragte, die Leiterin der Koordinierungsstelle

Umweltschutz sowie die Gleichstellungsbeauftragte mit. Bei Bedarf wird der beauftragte Landschaftsarchitekt hinzugezogen sowie das Projektteam „Gender Mainstreaming im Städtebau“.

Das Projekt ist in seiner räumlichen, zeitlichen (Laufzeit 2004/2005) und thematischen (Einbindung von zwei Fachämtern, der Koordinierungsstelle Umweltschutz und des Stadtplanungsamtes) Dimension überschaubar. Da auch die erforderlichen Finanzmittel für die Planung und Realisierung zur Verfügung stehen, kann ein durchgängiger Planungsprozess von der Konzeption bis zur Umsetzung begleitet werden. Die im Pilotvorhaben exemplarisch erarbeiteten Handlungsabläufe sollen über das Pilotvorhaben hinausgehend in Routineverfahren überführt werden.

#### □ Referenzstadt Bremen

Das Land Bremen, das kleinste unter den 16 deutschen Bundesländern, besteht aus der Freien Hansestadt Bremen und Bremerhaven, liegt an der Weser nahe der Nordseeküste. In dem Zwei-Städte-Staat leben auf 400 km<sup>2</sup> über 650.000 EinwohnerInnen, davon in Bremen rund 550.000 – eine Zahl, die über die Jahre hinweg aufgrund der zeitweise hohen Zuwanderungsüberschüsse weitgehend stabil blieb. Trotz nahezu gleichbleibender EinwohnerInnen- und Erwerbstätigenzahlen dehnte sich die Stadt in den vergangenen 40 Jahren um ca. ein Drittel aus, vor allem in östlicher Richtung. Dabei nahmen die Gewerbeflächen sogar um das Doppelte zu.

#### Blick in den Stadtgarten in Pulheim



Foto: Heike Wohltmann, 2004



*Wegeverbindung im Grünzug  
Kristin Weber, Stadtgrün Bremen  
2003/2004*

Die Entwicklung Bremens ist geprägt durch den Hafen und die Handelsbeziehungen, die Stadt ist nach wie vor wichtiger Außenhandelsstandort. Diese Entwicklung ist auf die lange geschichtliche Tradition zurückzuführen, in der Bremen eine bedeutende Rolle unter den Hansestädten des Mittelalters einnahm. Die historisch gewachsene Stadtrepublik entwickelte sich über Jahrhunderte in der Tradition einer von Kaufleuten geprägten Gesellschaft zu einer bedeutenden Handelsmetropole. Noch heute nimmt der Hafen in der Wirtschaft eine bedeutende Rolle ein. Darüber hinaus entwickelte sich Bremen zu einem Standort der Automobil-, Elektronik-, Stahl-, Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Nahrungs- und Genussmittelproduktion. Der fortschreitende Strukturwandel leitete in den letzten Jahren einen zunehmenden Wechsel zum Dienstleistungs-, High-Tech-, Kongress-, Messe- und Wissensstandort ein.

Als Lebens- und Wohnstandort zeichnet sich Bremen durch seine vielfältigen kulturellen Angebote aus, die Stadt bietet aufgrund der Historie und seiner Lage eine interessante historische Innenstadt, ausgedehnte Parks und Naherholungsgebiete sowie ein attraktives Umland.

Bremens Politik ist an einer wachstumsorientierten Stadtentwicklung ausgerichtet, die im Zusammenspiel mit einer offensiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf Einwohnerzuwächse aus der weiteren Bundesrepublik bzw. dem Ausland zielt. Parallel wird über die Kommunal- und Wohnungsbaupolitik versucht, die

Stadt attraktiv zu gestalten, um Abwanderungen in das niedersächsische Umland entgegen zu wirken.

#### *Umsetzung von Gender Mainstreaming in Bremen*

Nach dem Senatsbeschluss von 2002 zur Implementierung von GM wurde in jedem Ressort ein(e) Verantwortliche(r) für das Thema benannt und alle Ressorts sollten Pilotprojekte entwickeln und mit dem Ziel umsetzen, GM beispielhaft im Verwaltungshandeln zu verankern. In Vorbereitung dieser Arbeitsschritte entwickelten die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) und der Senator für Finanzen entsprechende Handlungshilfen, die den Ressorts zur Verfügung gestellt wurden.

Im Hause des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr wurde bis Ende 2003 noch kein Pilotprojekt umgesetzt und die Verwaltung nahm das ExWost-Forschungsprojekt „Gender Mainstreaming im Städtebau“ zum Anlass, dieser Aufgabe konkret nachzukommen. Nach intensiven Abwägungs- und Abstimmungsgesprächen innerhalb des Hauses wurde das Projekt „Grünzug Leher Feld“ aus der Abteilung „Flächenbezogener Umweltschutz“ als Pilotprojekt ausgewählt.

#### *Das Modellprojekt „Grünzug Leher Feld“*

Im Unterschied zu den Modellstädten Dessau und Pulheim nimmt Bremen als Referenzstadt an dem Modellvorhaben teil. Das dortige

Pilotvorhaben „Grünzug Leher Feld“ wird mit nur geringer externer Beratung und Begleitung durchgeführt, seine Ergebnisse werden jedoch gleichwohl in die Gesamtauswertung einfließen.

Der Grünzug Leher Feld im Bremer Stadtteil Horn-Lehe im Nordosten der Stadt ist die zentrale Grünachse im Stadtteil. An den schmalen Grünzug grenzen verschiedene öffentliche bzw. halböffentliche Flächen (z.B. Kindertagesstätte, Schulen, Jugendfreizeithaus, Spiel-, Sportplätze, Kleingärten) an. Zusammen bilden sie optisch eine große parkartige Fläche.

Angrenzend liegen sehr unterschiedliche Wohnquartiere – sozialer Geschosswohnungsbau vom Ende der 1960er Jahre, Reihenhäuserbereiche, freistehende Einfamilienhäuser – mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen (älteren Menschen, jungen Familien, MigrantInnen, Kinder und Jugendliche u.a.). Der Grünzug bildet die Verbindung der Einzellemente.

Daneben erfüllt der Grünzug Erholungsfunktionen und insbesondere für den Stadtteil wichtige Verbindungsfunktionen zu und zwischen den öffentlichen Einrichtungen und den Wohngebieten und ist bedeutsamer Bestandteil des Grün- und Freiraumkonzeptes der Gesamtstadt.

Der Grünzug ist in den 1960er Jahren angelegt und seitdem nicht verändert worden. Die Wege und Ausstattungsgegenstände sind zum Teil in desolatem Zustand, die Verkehrssicherheit ist teilweise nur noch eingeschränkt gegeben. Eine Überar-

*Impressionen aus dem Grünzug  
Kristin Weber, Stadtgrün Bremen, 2003/2004*



beitung der Anlage erweist sich als dringlich. In dem dafür erforderlichen Sanierungskonzept sind als vorrangigste Maßnahmen

- die Neuordnung und Grundsanierung der Wege in weiten Abschnitten,
- die Grundüberholung von Sitzplätzen und Ausstattungen

festgehalten. Die erforderlichen Arbeiten im Vegetationsbereich erfolgen schrittweise im Rahmen der Grünflächenunterhaltung.

Der Stadtteilbeirat und die Deputation haben die Konzeption begrüßt und ihr zugestimmt. Um eine deutliche Verbesserung gegenüber der heutigen Situation zu erreichen, fließen die Schwerpunktmittel im wohnumfeldverbessernden Grün-

programm 2004 in das Projekt, so dass die erforderlichen Maßnahmen jetzt begonnen werden können.

Für das Projekt liegt eine Planung vor, die in den nächsten Arbeitsschritten noch konkretisiert werden wird. Dabei kam im Verlauf der bisherigen Überlegungen der Berücksichtigung der

unterschiedlichen NutzerInneninteressen bereits hohe Bedeutung zu. Aufgrund der Vielfalt der divergierenden Interessen am Grünzug und seiner intensiven Nutzung werden hier interessante Diskussionen und Abwägungsprozesse erwartet.

Da die erforderlichen Finanzmittel für die Planung und Realisierung zur Verfügung stehen, können Arbeitsschritte von der Konzeption über die Ausführungsplanung bis hin zu den ersten Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen des Modellprojektes „Gender Mainstreaming im Städtebau“ begleitet werden. Die hierbei beispielhaft erarbeiteten Verfahrensläufe sollen über das Pilotvorhaben hinausgehend in Routineverfahren überführt werden.



## Gute Beispiele

Das Arbeitspaket „Gute Beispiele“ besteht – als ein Projektbaustein – aus einer Dokumentation beispielgebender Praxiserfahrungen auf kommunaler Ebene, die nachahmenswerte Ideen und Handlungsansätze zur Implementation von GM im Städtebau aufzeigen. Diese Sammlung „Guter Beispiele“ wird sowohl über das Internet als auch in gedruckter Fassung Interessierten zugänglich gemacht. Die Datenbank wird über die gesamte Projektlaufzeit bis Ende 2005 fortgeführt und ergänzt, anschließend wird sie in die BBR-Dokumentation überführt.

### Ziel

Die Dokumentation „Guter Beispiele“ soll Anregungen und Denkanstöße, jedoch keine Patentrezepte für die Umsetzung von GM im Städtebau liefern. Sie dient als Einstieg in die Auseinandersetzung und Bearbeitung des Themas. Um das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit im Themenfeld „Städtebau“ greifbar werden zu lassen und Anforderungen und Rahmenbedingungen für eine Umsetzung von GM im konkreten Planungshandeln formulieren zu können, bedarf es Anregungen und Vorbilder, wie Chancengleichheit und Gleichstellung bisher umgesetzt worden sind. Dieser Vermittlungsprozess soll u. a. über die Darstellung gelungener Beispiele erfolgen. Ergänzt wird diese Sammlung um Qualitätskriterien, die aus der Auswertung der guten Beispiele abgeleitet werden.

### Methodisches Vorgehen bei der Sammlung „Guter Beispiele“

Die Recherche „Guter Beispiele“ stützt sich im Wesentlichen auf Projekte, die unter gleichstellungspolitischer Perspektive im europäischen In- und Ausland erfolgreich durchgeführt wurden. Ergänzend werden „missglückte“ Beispiele hinzugezogen und ausgewertet, um typische „Stolpersteine“ identifizieren zu können. Die Projektrecherche bezieht vorliegende Fachliteratur und Datenbanken ein und umfasst eine umfangreiche Internetrecherche. Zudem erfolgte in den Difu-Berichten ein Aufruf zur Mitwirkung. Berücksichtigt wurden auch Hinweise der Fachöffentlichkeit auf einzelne Projekte, so dass die Recherche letztendlich im „Schneeballprinzip“ durchgeführt wurde.

Die auf diese Weise gesammelten Projekte wurden im Überblick in einer Datenbank aufbereitet und bezüglich ihrer Thematik, Ziel- und Umsetzung, Akzeptanz und Trägerschaft sowie mit Blick auf die entstandenen Kosten und den erzielten Erfolg beschrieben. In einem weiteren Arbeitsschritt werden aus diesen ermittelten Projekten „Gute Beispiele“ anhand definierter Kriterien ausgewählt und zusammengestellt. In einem zweiten Schritt werden diese als „Gute Beispiele“ identifizierten Projekte analysiert, um Qualitätskriterien benennen zu können. Sie sollen eine Systematisierung der für einen Erfolg notwendigen Kriterien bei der Implementation von GM er-

möglichen. Diese Qualitätskriterien, aus guten städtebaulichen Vorbildern abgeleitet, bilden einen Baustein bei der Formulierung übertragbarer Steuerungs- und Organisationsmodelle einerseits und der Erarbeitung von Indikatoren und Zielvorstellungen andererseits.

### Auswahlkriterien

#### Themenfelder

Die Recherche der Projekte konzentrierte sich auf originär stadtplanerische Themenfelder, sie beziehen sich einerseits auf städtebauliche Inhalte sowie andererseits auf die Organisation und das Management von Stadtplanungsprozessen.

Bei den inhaltlichen Feldern von Stadtentwicklung, -planung und Städtebau sind berücksichtigt:

- Städtebauliche Planungen (formelle und informelle Verfahren)
- Wohnungsbau
- Verkehrsplanung/Mobilität
- Freiraumplanung, öffentlicher Raum, Wohnumfeld
- Infrastruktur- und Zeitplanung.

Zu den Organisations- und Managementprozessen des Städtebaus zählen:

- Aktivierungs- und Beteiligungsformen
- Organisations- und Managementformen
- Qualifizierungs- und Sensibilisierungsformen
- Wettbewerbswesen.

### Qualitative Kriterien

Die gesammelten Beispiele sollen aktuell sein, Erfahrungen aus Ost- und Westdeutschland berücksichtigen und die oben skizzierten Themenfelder abdecken. Zudem soll die planende Verwaltung in den „Guten Beispielen“ eine aktive Rolle spielen. Anhand einer Analyse der in der Datenbank bislang zusammengetragenen ca. 120 Beispiele werden derzeit Qualitätskriterien entwickelt, die zu einer Überprüfung und Bewertung der Projekte dienen. Sie sollen im weiteren Projektverlauf als Maßstab einer gelungenen Umsetzung von GM im Städtebau herangezogen werden.

Zu den derzeit diskutierten Qualitätskriterien gehören u.a. der erkennbare Beitrag des einzelnen Projekts zu einer Qualitätssicherung bzw. -steigerung der Planung oder ein inhaltlicher Bezug zu Gender, z.B. durch die Zielsetzung einer Förderung der Eigenständigkeit von Frauen und Männern oder der stärkeren Berücksichtigung der Versorgungsarbeit. Auf der prozessualen Ebene sind in diesem Zusammenhang u.a. Partizipationsansätze von Bedeutung, die sich beispielsweise gezielt auf Defizite bei der Beteiligung von Frauen beziehen oder die Einbindung von Gender-ExpertenInnen und Gender-Wissen.

### Analyse der Guten Beispiele

Ausgewertet werden die „Guten Beispiele“ hinsichtlich der in ihnen angelegten positiven Erfahrungen und Anknüpfungspunkte. Identifiziert

werden einzelne Prozessbausteine, die im Kontext der jeweiligen Rahmenbedingungen zu einer erfolgreichen Umsetzung des Projekts geführt haben. Neben Fragen zu den konkreten AnsprechpartnerInnen auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen ist dabei auch der Einbezug der Politik und/oder zivilgesellschaftlicher Gruppen von Relevanz: Wer stößt ein solches Projekt an, welche AkteurInnen sind beteiligt, wer ist in welcher Phase verantwortlich etc? Bewertet wird neben unterschiedlichen Formen der Finanzierung und Kostenübernahme auch die Öffentlichkeitsarbeit. Auf der inhaltlichen Ebene werden Zielformulierungen und mögliche Zielindikatoren identifiziert, die zu einer Instrumentalisierung der Geschlechtergerechtigkeit im Planungshandeln führen können. Die abschließend als „gut“ bewerteten Beispiele werden für die Dokumentation vertiefend aufbereitet.

Nicht berücksichtigt werden bei der Auswahl der „Guten Beispiele“ jene Projekte, die

- im Zusammenhang mit Gesetzen und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene durchgeführt werden bzw. wurden, da die Kommunen hierauf nur geringe Einflussmöglichkeiten haben bzw. von diesen Regelungen eher wenig konkrete Impulse zur Umsetzung von GM im kommunalen Verwaltungshandeln ausgehen;
- in Form von Checklisten und Handreichungen zur Berücksichtigung der Geschlechterperspektive im Städtebau auffordern, da sie in der Regel für die durchführenden

Ämter unverbindlich sind und ihnen lediglich empfehlender Charakter zukommt. Bislang scheinen diese Grundlagen noch nirgendwo vom „Modellfall zur Routine“ geworden zu sein;

- die auf regionaler Ebene angesiedelt sind, da sie über das Themenfeld „GM im Städtebau“ hinausreichen und einer eigenständigen Aufarbeitung bedürften.

### Stolpersteine

Recherche und anschließende Auswertung umfassen auch die Auseinandersetzung mit „missglückten“ Projekten. Die in ihnen auftretenden Schwierigkeiten werden ebenfalls typisiert, um sie in künftigen Verfahren vermeiden zu können. „Stolpersteine“ treten, soviel ist bis jetzt bereits deutlich, in fast allen Arbeitsphasen der Projekte auf: bei der Aufgabenformulierung, bei der Erarbeitung der Planung, bei verwaltungs- bzw. ämterübergreifenden Abstimmungen sowie bei der Umsetzung der Maßnahmen. Sie werden in einem weiteren Arbeitsschritt nach inhaltlichen und prozessualen Stolpersteinen differenziert.

Zu den inhaltlichen Stolpersteinen gehören nach dem bisherigen Stand der Arbeit u.a. das vielfach zu geringe Fach- und Gender-Wissen, das unzureichende Datenmaterial (z.B. sind geschlechterdifferenzierte Untersuchungen noch immer keine Selbstverständlichkeit), die nicht vorhandenen Zielvereinbarungen im Vorfeld des Prozesses bzw. – sofern vorhanden – deren Missachtung sowie unzureichende Kenntnisse hinsicht-

lich eines praktikablen Umgangs mit festzulegenden Indikatoren. Auch die Sorge mancher ProjektbearbeiterInnen vor einer Überlastung der Planungsaufgaben – durch GM wird ein nicht unerheblicher Mehraufwand erwartet – bei gleichzeitig geringer werdenden Personalressourcen, wird immer wieder als Stolperstein angeführt.

Auf der prozessualen Ebene kristallisieren sich nach den bisherigen Erfahrungen vor allem fehlende personelle Ressourcen zur Bearbeitung von Regelaufgaben innerhalb der Verwaltung, die unzureichende Einbindung des Prozesses in das Verwaltungshandeln, die vielfach nicht gewährleistete personelle Kontinuität bei der Projektbearbeitung, die Sorge der BearbeiterInnen vor unklaren, unbekanntem Verfahrensabläufen und das immer wieder formulierte Desinteresse bei der Berücksichtigung von GM als typische Stolpersteine heraus.

#### *Erste Ergebnisse*

Das Ziel, GM als Querschnittsaufgabe und Top-Down-gesteuertem Prozess zu verankern, steht in den Planungsabteilungen der Kommunen größtenteils noch am Anfang. Viele Kommunen stehen allerdings in den „Startlöchern“. Dort, wo bereits „Gender-Aktivitäten“ im Städtebau stattgefunden haben bzw. stattfinden, lassen sich inhaltlich interessante Projektansätze mit einer großen Themenvielfalt konstatieren. Dabei finden die Aktivitäten in sehr unterschiedlichen Arbeitsphasen (von der Konzeption bis zur Durch-

führung) statt. Trotz einiger Modellprojekte sind Routinen im planerischen Alltagshandeln selbst dort noch nicht zu erkennen, wo schon ein breiteres Erfahrungsspektrum vorliegt. Eine Überführung vom Modellfall zur Routine scheint noch nicht in Sicht. Die wirklich guten Beispiele werden letztendlich diejenigen sein, die im alltäglichen Planungs-handeln die unterschiedlichen Geschlechterperspektiven berücksichtigen, „ohne groß darüber zu reden“, da sie zum Standard gehören.

## URBAN II – Vergleichende Wirkungs- analyse

Ziel dieses Arbeitsschritts ist die Untersuchung der Auswirkungen der im EU-Programm URBAN II verankerten Berücksichtigung von Gender-Aspekten. Dieser Baustein des ExWoSt-Projektes setzt sich aus einer Untersuchung der etwaigen Ausstrahleffekte auf weitere städtebauliche Programme und einer gleichzeitigen Analyse der fördernden und hemmenden Rahmenbedingungen bei der Umsetzung von GM auf der Ebene städtebaulicher Programme zusammen. Die Ergebnisse sollen anschließend in den kontinuierlich zu verfeinernden Ziel- und Indikatorenkatalog „GM im Städtebau“ einfließen.

URBAN II, eine Gemeinschaftsinitiative im Rahmen von EFRE, die auf die wirtschaftliche und soziale Revitalisierung von innerstädtischen Gebieten zielt, ist eines der zentralen Aktionsfelder der Europäischen Union zur Stadtentwicklung. Im Rahmen dieses Programms werden explizit Kriterien des Gender Mainstreaming wirksam. Die Leitlinien des Programms legen fest, dass die erarbeiteten und durchgeführten Strategien der Förderung der „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ entsprechen müssen. Hierzu dient vor allem eine „ex-ante-Bewertung“, die in der Antragstellung vorgeschrieben ist. Diese Bewertung der Ausgangslage soll generell auf der Basis geschlechterdifferenziert aufgeschlüsselter Daten erfolgen. Diese Datenerhebung sollte ergänzt werden durch eine Analyse der Ursachen und Hindernisse für den unterschiedlichen Zugang zu relevanten Ressourcen.

Zur Förderkulisse von URBAN II zählen europaweit 71 städtische Gebiete, darunter insgesamt zwölf deutsche Städte: Berlin, Bremerhaven, Dessau, Dortmund, Gera, Kassel, Kiel, Leipzig, Luckenwalde, Ludwigshafen/Mannheim, Neubrandenburg und Saarbrücken.

Durch die Untersuchung zweier Städte sollen konkrete Hinweise gewonnen werden, ob und in welcher Form das Programm „URBAN II“ auf andere Programme ausgestrahlt haben, wie beispielsweise auf das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“. Für die Falluntersuchungen wurden Leipzig und Bremerhaven ausgewählt, da dort diverse andere Programme neben URBAN II zum Einsatz kommen.

Die vergleichende Analyse in diesen beiden Städten kann aufgrund des engen zeitlichen Rahmens wie auch aufgrund der kurzen Programmlaufzeit nur als „Blitzlicht“ auf den aktuellen Stand erfolgen. Sie schließt neben einer Untersuchung der Zielsetzung und Programmplanung und der konkreten Maßnahmen auch die Analyse der Auswirkungen auf NutzerInnen ein. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei veränderten Einstellungen und Sichtweisen der AkteurInnen vor Ort zu. Ergänzt werden die Ergebnisse um eine abschließende Einschätzung der jeweils genutzten oder „verpassten“ Chancen einer Berücksichtigung von Gender-Kriterien.

Eine zentrale Frage der Untersuchung vor Ort ist, welche Rolle operationalisierte Zielvorgaben sowie quantifizierbare und qualifizierbare Kriterien in der Programmumsetzung spielen.

### *Methodisches Vorgehen*

Die Untersuchung stützt sich methodisch primär auf Recherchen vor Ort. Diese umfassen die Sichtung und Auswertung vorliegender Materialien sowie die Durchführung und Auswertung von Interviews und Diskussionen mit Schlüsselpersonen und verschiedenen beteiligten Akteuren.

In den einzelnen Arbeitsschritten werden folgende Aspekte beleuchtet:

- Programmkonzeption/Programmplanung,
- Programmsteuerung,
- Maßnahmen- und Umsetzungsebene,
- Vergleichende Analyse fördernder und hemmender Faktoren,
- Ausstrahlungseffekte auf die Umsetzung anderer städtebaulicher Programme sowie
- Bedeutung von GM in anderen URBAN II-Gebieten und Städten (optional).

Die Ergebnisse dieser Recherchen werden ausgewertet und anschließend dokumentiert. Darüber hinaus gehen die Ergebnisse vor allem in die Weiterentwicklung des „Indikatorensets zu GM im Städtebau“ ein. Mit ihnen kann das Anforderungsprofil an Gender-Kriterien geschärft werden, gleichermaßen kann das operationalisierte Zielgerüst präzisiert werden.

## Ziel- und Indikatorenkatalog

Die Erarbeitung und Erprobung eines übertragbaren Ziel- und Indikatorenengerüsts zum Thema „GM im Städtebau“ dient der Verbindung der unterschiedlichen Bausteine des Vorhabens. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass über die einzelnen lokalen Modellstadt- und Projekterfahrungen hinaus eine praktikable Arbeitsgrundlage für alle Kommunen geschaffen wird. Das Ziel- und Indikatorenengerüst wird für verschiedene städtebauliche Handlungsfelder erarbeitet, um den notwendigen Vermittlungsprozess zu systematisieren und transparenter zu gestalten, um Unterschiede in den Lebensrealitäten der Geschlechter sichtbar zu machen und um nötige Handlungsbedarfe, aber auch Erfolge aufzuzeigen.

Die systematische Umsetzung von GM wird bislang unter anderem dadurch erschwert, dass das Thema zu wenig „griffig“ ist. Die verschiedenen Lebensrealitäten der Geschlechter und die daraus resultierenden unterschiedlichen Konsequenzen für die räumliche Planung sind immer noch zu wenig bekannt und müssen immer wieder neu vermittelt werden. Sind beispielsweise Forderungen wie die vermehrte Besetzung von Führungspositionen durch Frauen oder die Angleichung der Einkommenssituation noch nachvollziehbar, so tauchen beim Thema „GM im Städtebau“ meist mehr Fragen als Antworten auf: Was bedeutet z.B. GM konkret für die rechtsverbindliche Bauungsplanung, für die Erarbeitung eines kommunalen Verkehrsentwicklungsplanes oder die Gestaltung des Stadtumbauprozesses?

Das Ziel- und Indikatorenengerüst soll neben der vermittelnden Funktion auch als Bestandteil eines Gender-Controllings und einer regelmäßigen kommunalen Berichterstattung über die Fortschritte in der Umsetzung von GM zu nutzen sein. Geschlechtsspezifische Indikatoren sind dabei in die Analyse und Entwicklung des jeweiligen Vorhabens einzubeziehen, so dass sie im Sinne von Monitoring und Controlling auch in der Auswertung stringent beachtet werden können.

Indikatoren sind darüber hinaus in steigendem Maße sachliche Grundlagen für Fördermittelentscheidungen (z.B. bei EU-Programmen, Soziale Stadt, Stadtumbau Ost). Kommunen, die eine überprüfbare Erfolgskontrolle praktizieren, die Ressourcen für das Datenmanagement und die Datenpflege nachweisen, können daraus nicht nur einen Imagegewinn ziehen, sondern auch bei der Fördermittelakquisition ihre „Marktposition“ stärken.

Indikatoren dienen keinem Selbstzweck und die Datensammlung darf nicht zur „Erbsenzählerei“ werden. Sie unterstützen im oben genannten Sinn die Umsetzung konsensfähiger Ziele, dürfen aber qualitative Bewertungsmaßstäbe nicht ersetzen. Nicht alle Themenfelder lassen sich quantitativ mit Prozentpunkten und Kommastellen abbilden.

Die defizitäre Datenlage im Bereich vieler genderbezogener Themen erschwert die Anwendung der Indikatoren. Dieses Defizit an geschlechter-

differenzierten Datenerhebungen und -aufbereitungen darf andererseits auch kein Argument sein, sich von der Entwicklung quantitativer Kriterien grundsätzlich zu verabschieden. Das Sichtbarmachen von Unterschieden in den Lebensbedingungen von Frauen und Männern ist eine wichtige Voraussetzung, um Disparitäten überhaupt abbauen zu können. Die Ableitung von Zielen, Strategien und den entsprechenden Messgrößen ist ein wichtiges Argument für die Beseitigung vorhandener Defizite in Datenerfassung und Datenauswertung.

In einem ersten Arbeitsschritt wurde über eine Internetrecherche bundesweit (Bund, Länder, Gemeinden) sowie im europäischen Ausland nach vorhandenen Gender-Indikatoren „gefahndet“. Dabei wurde sowohl nach solchen Indikatoren gesucht, die im Zusammenhang mit Gender-Strategien angewendet werden, wie auch die zahlreich vorhandenen Indikatorensysteme zur Nachhaltigkeit hinsichtlich des Bausteins „soziale Gerechtigkeit“ und „Geschlechtergerechtigkeit“ analysiert.

Aus der Recherche vorhandener Kriterien- und Indikatorenkataloge und der Erfahrungen im EU-Programm URBAN II wird eine erste Arbeitsfassung „Ziel- und Indikatorenset zu GM im Städtebau“ abgeleitet, welche im weiteren Projektverlauf in den Modellstädten hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit überprüft und überarbeitet wird.

## Wissenschaftlicher Beirat



Ein Ziel des Projektes ist die Bündelung und Vernetzung von ExpertInnenwissen aus Theorie und Praxis zum Thema GM im Städtebau (bundesweites Netzwerk). Zur Zielerreichung wird unter anderem im Rahmen des Projektes ein projektbegleitender Beirat aufgebaut und in die Arbeit eingebunden.

Zu den Aufgaben des Beirates gehört die Beratung bei der Durchführung des Modellvorhabens „GM im Städtebau“ sowie die Beratung von BMVBW und BBR bei der Implementation von GM in weiteren Vorhaben, Forschungs- und Förderprogrammen.

Dieser projekt- und forschungsbegleitende Beirat, der durch das BMVBW berufen wurde, setzt sich aus ausgewählten ExpertInnen aus Theorie und Praxis im Bereich „GM im Städtebau“ zusammen. Um eine effiziente Arbeit zu gewährleisten, wurde ein relativ kleiner Kreis ausgewählt. Hierbei repräsentieren die Beiratsmitglieder – teilweise auch in Doppelrollen – folgende Bereiche:

- Städte der alten und neuen Bundesländer, die bereits über Erfahrungen mit der Umsetzung von GM in diesem Bereich verfügen,
- mehrere wissenschaftliche Fachdisziplinen,
- das europäische Ausland,
- die Berufsverbände,
- die Kommunalen Spitzenverbände,
- das auf Bundesebene federführende Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Der Beirat tritt in regelmäßigen Arbeitssitzungen zusammen, um die Ergebnisse des Projekts zu diskutieren und zu beraten. An den Sitzungen nehmen zudem regelmäßig VertreterInnen des BMVBW und BBR teil.

Die konstituierende Sitzung, die von Herrn Staatssekretär Tilo Braune (BMVBW) sowie von Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, eröffnet wurde, fand am 30. März in Berlin statt. Im Verlauf des Projektes bis Ende 2005 sind drei weitere Beiratssitzungen vorgesehen, von denen eine als Planungswerkstatt mit den beiden Modellstädten stattfinden wird.



Staatssekretär Braune und Prof. Dr. Mäding

Durch die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der Beiratsmitglieder auf Bundes- und Landesebene sowie auch auf kommunaler Ebene erfahren der Prozess und das Forschungsteam kontinuierliche fachliche Anstöße.

Ursel Grigutsch  
Stadt Weimar, Leiterin des Stadtentwicklungsamtes Weimar

Dr. Thomas Hauff  
Stadt Münster, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Amt 12) der Stadt Münster, Abteilungsleiter strategische Stadtentwicklung

Eva Kail  
Stadt Wien, Leiterin der Leitstelle für alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen in der Stadtbaudirektion der Stadt Wien

Hilmar von Lojewski  
Land Berlin, Leiter der Abteilung II – Städtebau und Projekte der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

Ursula Neubauer  
Stadt Gelsenkirchen, Sprecherin der Kommission „Frauen in der Stadt“ des DST; stellvertretende Abteilungsleiterin – Referat Stadtplanung

Matthias Frinken  
Geschäftsführer der Gesellschaft für Stadterneuerung und Planung mbH, Hamburg und Neuruppin

Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl  
Stadt München, Leiterin der Abteilung „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen und generelle Angelegenheiten der Stadtplanung“

Marianne Weg  
Abteilungsleiterin Frauenpolitik im Hessischen Sozialministerium, Wiesbaden, Vertreterin des Bundesministeriums für Familien, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ)

Gudrun Scheithauer  
Bonn, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Referat Gender Mainstreaming

## Literatur- hinweise, Links und Termine

### Literaturhinweise

von Braun, Christina; Stephan, Inge: Gender Studien – eine Einführung, Stuttgart u. a. 2000

Burbach, Christiane; Schlottau, Heike (Hrsg.), Abenteuer Fairness – ein Arbeitsbuch zum Gender Training, Göttingen 2001

Die Bundesregierung: Gender Mainstreaming. Was ist das?, Berlin 2003. (72-seitige Broschüre)

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Städtebau und Gender Mainstreaming, Werkstatt: Praxis Nr. 4/2003, Bonn 2003

Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München: Planen für Frauen und Männer in der Stadt – Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie in der räumlichen Planung, München 2003

Hofmann, Isolde u. a.: Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt: Konzepte und Erfahrungen, Opladen 2003

Holland-Letz, Sabine: Wie wird Gender Mainstreaming in den Kommunen umgesetzt? Umfrage des Deutschen Städtetages. In: der städtetag 4, 2003, S. 36–38

RaumPlanung 102 vom Juni 2002 mit dem Schwerpunktthema: „Gender Planning: Erfahrungen in Europa“

Stepanek, Brigitte; Krull, Petra: Gleichstellung und Gender Mainstreaming – ein Handbuch, 3. Auflage, Schwerin 2003

Stadtentwicklung Stadt Wien: Gender Mainstreaming in der Stadtplanung, Werkstattberichte Nr. 50, Wien 2002

Wotha, Brigitte: Gender Planning und Verwaltungshandeln. Umsetzung von Gender Belangen in räumliche Planung- unter Berücksichtigung von Verwaltungsmodernisierung und neuerer Tendenzen im Planungsbereich, Kiel 2000

Zibell, Barbara; Schröder, Anke: Auf den zweiten Blick – Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich, Hannover 2002

### Links

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [www.bmfsfj.de/gm/root.html](http://www.bmfsfj.de/gm/root.html)

[www.gender-mainstreaming.net](http://www.gender-mainstreaming.net)

Europäische Kommission [www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/equ\\_opp/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/index_de.htm)

GenderKompetenzZentrum an der Humboldt-Universität zu Berlin [www.genderkompetenz.info/index.php](http://www.genderkompetenz.info/index.php)

Dokumentation eines Workshops der Metropolregion Hamburg u.a. zum Thema: „Gender planning oder der andere Blick in der räumlichen Planung“.

[www.raum-energie.de/Home/MetropolregionHamburg/WorkshopGenderMainstreaming/](http://www.raum-energie.de/Home/MetropolregionHamburg/WorkshopGenderMainstreaming/)

Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im ESF, Wien [www.gem.or.at/de/index.htm](http://www.gem.or.at/de/index.htm)

### Termine

5.11.2004 – 07.11.2004, Hannover SRL-Jahrestagung 2004: Der andere Blick. Gender Mainstreaming in der Praxis der räumlichen Planung. Weitere Informationen: [www.srl.de](http://www.srl.de)

18.10.2004 – 22.10.2004 Geschlechterdemokratie verstehen. Fortbildungsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg. Weitere Informationen: [www.boell.de/calendar/viewevt.aspx?evtid=364](http://www.boell.de/calendar/viewevt.aspx?evtid=364)

Mai 2004 bis Januar 2005 Genderkompetenz durch Gendertrainings – eine berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme. Weiterbildung zur Gendertrainerin/zum Gendertrainer, veranstaltet von den Heinrich-Böll-Stiftungen Berlin und Brandenburg. Weitere Informationen: [www.boell.de/downloads/gd/GendertrainingPotsdam.pdf](http://www.boell.de/downloads/gd/GendertrainingPotsdam.pdf)

**Begleitforschung**

Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

Eckhard Bergmann  
Referat I5 – Verkehr und Umwelt  
Tel: + 49 (0) 1888.401-23 40  
eckhard.bergmann@bbr.bund.de

Dr. Brigitte Adam  
Referat I2 – Stadtentwicklung  
und Bodenmarkt  
Tel: + 49 (0) 1888.401-23 25  
brigitte.adam@bbr.bund.de

Das Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung ist eine Bundesober-  
behörde im Geschäftsbereich des  
Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau- und Wohnungswesen  
(BMVBW).

**Forschungsassistentz**

Das Projekt-Team besteht aus  
Mitarbeiterinnen des Deutschen  
Instituts für Urbanistik sowie zweier  
Planungsbüros:

Deutsches Institut für Urbanistik  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

Dr. Stephanie Bock  
Tel: +49 (0)30.3 90 01-189  
E-Mail: bock@difu.de

Ulrike Meyer  
Tel: +49 (0)30.3 90 01-270  
E-Mail: meyer@difu.de

Franciska Frölich  
Tel: +49 (0)30.3 90 01-245  
E-Mail: froelich@difu.de

Büro für integrierte Planung Berlin  
Marienburger Allee 20  
14055 Berlin

Uta Bauer  
Tel: +49 (0)30.3 01 00-941  
E-Mail: b\_i\_p@t-online.de

planungsgruppe Vor Ort  
Am Neuen Markt 19  
28199 Bremen

Heike Wohltmann  
Tel: +49 (0)421.50 62 48  
E-Mail: Wohltmann  
@planungsgruppe-vor-ort.de

**Herausgeber, Herstellung,  
Selbstverlag und Vertrieb**  
Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung

**Schriftleitung**  
Prof. Dr. Wendelin Strubelt  
Dr. Hans-Peter Gatzweiler  
Dr. Robert Kaltenbrunner

**Druck**  
Dienstleistungszentrum Druck  
im BBR

**Bearbeitung**  
Dr. Brigitte Adam (Redaktion)  
Uta Bauer  
Dr. Stephanie Bock  
Franciska Frölich  
Ulrike Meyer  
Heike Wohltmann  
Eckhard Bergmann

**Bildnachweis**  
siehe Bilder

**Zitierweise**  
Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung (Hrsg.),  
ExWoSt-Informationen „Gender  
Mainstreaming im Städtebau“,  
Nr. 1 – 05 / 2004

Nachdruck nur mit genauer Quellen-  
angabe gestattet. Es wird um Zusen-  
dung von 2 Belegexemplaren  
gebeten.

ISSN 0937 – 1664